

ethische Probleme gestellt, denen sie durch ein differenziertes Wissenschaftsethos nachzukommen versucht. Darüber hinaus gibt es heute Ansätze zu einer interdisziplinären „Kombinatorik“ (nach G. Hunold), worunter die „Fusionierung unterschiedlicher wissenschaftlicher Einzeldisziplinen zu je neuen eigenständigen Disziplinen“ (z. B. Sozialpsychologie, Rechtssoziologie) zu verstehen ist.

Schließlich sieht Korff noch andere „Wegweiser zu einem neuen Typus empiriebezogener Ethik“. Neben den kombinatorischen Wissenschaften gibt es bereits eine nicht geringe Zahl von wissenschaftlichen „kombinatorischen Theoriebildungen“, die versuchen, die Vernunft menschlichen Handelns von grundlegenden empirischen Bedingungsbeziehungen bestimmt zu sehen. Die Ansätze für diese „auf praktisch-ethische Universalisierung zielenden kombinatorischen Theorien“ sind dort zu erkennen, wo jene Wirklichkeitsbereiche entdeckt wurden, die menschliches Dasein elementar bestimmten: „die Wirklichkeit der Natur im Evolutionsdenken Charles Darwins, die Wirklichkeit der Gesellschaft in der Ökonomiekritik

Karl Marx' und die Wirklichkeit der menschlichen Psyche im analytischen Verfahrensansatz Sigmund Freuds.“ Kombinatorische Theoriebildungen sind nicht nur der Gefahr sachlicher Irrtümer ausgesetzt, sondern auch der Gefahr ideologischer Engführungen. Dennoch ist der Wert solcher Versuche für die Ethik nicht zu unterschätzen. Alle Aufmerksamkeit auf die genuin empirischen Bedingungsbeziehungen des Menschseins ist von dem entschiedenen Willen zur Humanisierung des Menschen und seiner Lebensverhältnisse getragen und erkennt in der Sinnlogik dieser empirischen Bedingungsbeziehungen selbst das Unterpfand für die Zielgestalt des Humanen. (Vgl. etwa Erich Fromms Charaktertheorie und seinen Begriff der produktiven Charakter-Orientierung.) „Der künftige Weg der Ethik ist von daher markiert als Weg zu einer umfassenden ethischen Theorie, die sich in all ihren Schritten von dem her belehren läßt, was sich als empirisch durchschaubare Wirklichkeit des Menschen dem wachsenden Zugriff des Menschen erschließt. Dieser Forderung kann sich auch die theologische Ethik nicht entziehen.“

Rainer Funk

## Länderbericht

# Neubesinnung unter dem Druck der Realitäten

## In Zaïre deutet sich ein für Afrika bedeutsamer Wandel an

Während in den letzten Jahren aus Zaïre, dem früheren Kongo, fast immer nur neue Auswüchse einer unter dem Motto „Authentizität“ von Staatspräsident *Mobutu Sese Seko* eingeleiteten Kampagne zur nationalen und kulturellen Unabhängigkeit zu vermelden waren, zeichnet sich in den letzten Monaten ein erstaunliches Zurückstecken der ursprünglichen Ziele ab. Vieles deutet darauf hin, daß der Präsident erkannt hat, in der Vergangenheit oftmals zu weit gegangen zu sein und heute in vielen Bereichen vor einem *Chaos* zu stehen.

Die für den Bestand Zaïres gefährliche militärische Auseinandersetzung vom März dieses Jahres in der Provinz *Shaba*, dem früheren durch seine Sezessionsbestrebungen bekannt gewordenen Katanga, hat die Verletzbarkeit Zaïres und die unsichere Position des bis dahin für unangreifbar gehaltenen Mobutu drastisch demonstriert. Bis heute ist noch nicht eindeutig geklärt, was damals wirklich in der Provinz *Shaba* vorgegangen ist. Kurz nach der Rückkehr Mobutus von einem Europaaufenthalt jedenfalls war plötzlich von einer Invasion ehemaliger Katanga-Gendarmen von der zaïrisch-angolanischen Grenze aus die Rede. Außerdem wurde behauptet, in der Provinz *Shaba* sei es

zu einem Aufstand gekommen, der wie bereits früher eine Sezession dieses Landesteiles zum Ziele habe. Zunächst konnten die Eindringlinge gegenüber den zaïrischen Regierungstruppen beachtliche Erfolge erringen und große Teile der Provinz unter ihre Kontrolle bringen. Ende Mai jedoch wurden sie zurückgeschlagen, nachdem Frankreich Flugzeuge und Material zur Verfügung gestellt und Marokko mit Truppen auf Seiten der Regierung von Zaïre eingegriffen hatte.

Da der Angriff aus Angola erfolgte, lag zunächst die Vermutung nahe, es handle sich um eine kommunistisch inspirierte Invasion. Dieser Verdacht hat sich aber nicht bestätigt, obwohl Angola sicherlich Hilfe geleistet hat. Ein besonderes Nachspiel gab es für den zaïrischen Außenminister *Nguza Karl I Bond*. Er wurde am 13. September wegen Hoch- und Landesverrats vom Staatsgerichtshof in der Hauptstadt Kinshasa zum Tode verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, bereits im Januar bei einer Europareise von einem früheren Katanga-Politiker vor der bevorstehenden Invasion in der zaïrischen Südprowinz gewarnt worden zu sein, diese Warnung aber nicht an Mobutu weitergegeben zu haben. Der selbst aus der Provinz *Shaba* stammende

Außenminister galt bis dahin als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge von Staatspräsident Mobutu. Aufgrund eines Gnadengesuches wurde schließlich das Todesurteil in lebenslängliche Haft umgewandelt (vgl. Jeune Afrique, 30. 9. 77).

### Zivilbevölkerung am stärksten betroffen

Wieder einmal hat wohl neben rein politischen Motiven, verkörpert durch „die FLNC (Front de Libération Nationale Congolaise), einer kaum definierten Front, in der das ganze Spektrum an Opposition gegen Mobutu mehr oder weniger verbindlich mitmischen konnte“ (so das über diese Bewegung zu Gericht sitzende „3. Welt-Magazin“, September 1977), der wirtschaftliche Aspekt im Vordergrund gestanden, denn an den reichen Kupfervorräten der Provinz sind viele interessiert. Militärische und kontinental-strategische Motive werden von aufgeschreckter linker Seite hervorgehoben. Sie verweist in letzter Zeit auf die *verstärkte Zusammenarbeit Zaïres mit den USA* und auf teilweise enge Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der Regierung in Kinshasa. Agitationsmaterial bietet dabei ein am 8. August 1977 von der Zeitschrift „Afrique-Asie“ im Wortlaut veröffentlichter Vertrag zwischen der deutschen Firma OTRAG (Orbitale Transport- und Raketen-Aktiengesellschaft) und dem Staat Zaïre. Dem Vertrag zufolge überläßt Zaïre der deutschen Firma ein 100 000 qkm großes Gelände in der Provinz Shaba bis zum Jahre 2000 für 800 Millionen DM Nutzungsgebühr für Raketentests. Während „Afrique-Asie“ das gepachtete Gebiet eine „deutsche Enklave“ von höchster strategischer Bedeutung im südlichen Afrika mit einer eindeutigen Bedrohung der „fortschrittlichen Regierungen von Tansania, Sambia und Angola“ nannte und das deutsche „3. Welt-Magazin“ es schlichtweg als „nicht strittig“ hinstellte, „daß Zaïre ein noch im Aufbau befindliches Zentrum der CIA-Aktivitäten in Afrika ist und daß Präsident Mobutu vom CIA eingesetzt wurde“, bezeichnete die deutsche Firma Mutmaßungen über eine militärische Nutzung des Territoriums als „völligen Unsinn“. Sicherlich ist dieser Vertrag nur ein Glied in einer langen Kette neuer Vereinbarungen, die Mobutu mit westlichen Ländern geschlossen hat, um Zaïre aus der wirtschaftlichen Misere herauszubringen. Daß er sich damit bei vielen Nachbarn nicht beliebt machte, war zu erwarten. Schweregender aber dürfte sein, daß er dafür von einer Reihe eine Zeitlang lauthals propagierter Ziele und Grundsätze Abschied nehmen mußte.

Unabhängig von dem Streit um Schuld und Ziel der militärischen Auseinandersetzungen von März bis Mai bleibt festzuhalten, welch ungeheuren Schaden dieser Krieg angerichtet hat. In einem *Lagebericht* von Ende August (DIA, 29. 8. 77) wurden erste Angaben darüber gemacht. Die am stärksten betroffenen Regionen sind die Gebiete von Kolwezi und Lualaba mit einer Gesamtbevölkerung von rund 375 000, die sich größtenteils aus den Stämmen der Lunda, Tschokwe und Dembo rekrutieren.

Vor der Invasion war die wirtschaftliche Lage in diesem Gebiet in zweierlei Hinsicht ausgezeichnet. So verfügte man nicht nur über große Rohstoffvorkommen (Kupfer, Mangan), sondern auch über ein äußerst fruchtbares Land (Baumwolle, Maniok, Mais, Tabak). Die sozialen Spannungen sind wegen der Konzentration des Reichtums in den Händen weniger besonders groß. So kommt kirchlichen Gruppen und Aktivitäten besonders im sozialen Sektor besondere Bedeutung zu. Die acht katholischen Missionsstationen zählten insgesamt 65 hauptamtliche Mitarbeiter (14 Priester, 2 Brüder, 47 Ordensfrauen, 2 Laien). Es gab vier kirchlich geleitete und je zwei von Industriefirmen bzw. dem Staat unterhaltene Krankenhäuser, die alle von Schwestern geleitet wurden. Bis in die letzten Ecken der Provinz war die medizinische Versorgung dadurch garantiert, daß jedes der Hospitäler eine Kette von Krankenstationen unterhielt, die wöchentlich von Ordensschwestern besucht wurden. Sozialstationen waren von der Kirche errichtet worden. Auf dem Gebiet der Entwicklung war die Kirche stark engagiert, sei es bei Brücken- und Deichbau oder beim Anbau neuer Kulturen. Genossenschaften für Einkauf und Vertrieb wurden gegründet. Rund 670 zaïrische Lehrer unterrichteten ca. 28 000 Schüler dieses Gebietes.

Die Invasion vom März traf die Provinz Shaba größtenteils überraschend und unvorbereitet. Innerhalb weniger Wochen wurden die Arbeit und das Aufbauwerk von mehr als fünfzig Jahren zum größten Teil zerstört. Sehr viele Menschen sind dabei umgekommen, und eine nicht bekannte Zahl wurde verschleppt oder mußte fliehen. Bis auf ein Krankenhaus sind alle medizinischen Einrichtungen geplündert oder verbrannt, so daß sie derzeit der Bevölkerung nicht zur Verfügung stehen. Die Anzahl der Kinder aus Familien, die im Busch Zuflucht suchten und die anschließend in ihre Dörfer zurückkehrten, ist in kaum glaublichem Ausmaß zusammengesunken, weil die Kinder diesen Strapazen und Entbehrungen nicht gewachsen waren.

Auch die wirtschaftliche Lage ist teilweise katastrophal. Brücken sind zerstört, viele Fabriken und Bergwerke konnten die Produktion noch nicht wieder aufnehmen, Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens sind nicht zu erhalten. Die Invasoren haben bei ihrem Rückzug Teile der Bevölkerung und der Missionare gezwungen mitzukommen. Auf diese Weise mußten 45 Priester, Brüder und Ordensfrauen Zaïre verlassen. Über Angola kehrten sie in ihre Heimatländer zurück. Lediglich in zwei Missionsstationen konnte das Personal bleiben. Alle anderen Stationen wurden durch Feuer total zerstört, und dreißig Fahrzeuge der Mission wurden gestohlen. Im Oktober kehrten nun die ersten Missionare an ihre Wirkungsstätten zurück. Man hofft, daß diese demonstrative Wiederaufnahme der Arbeit auch die vielen zaïrischen Menschen zur Rückkehr in ihre Dörfer bewegen wird, die sich bisher noch im Busch verstecken oder in anderen Landesteilen aufhalten.

## Gemäßigte Liberalisierung

Das Bemühen um wirtschaftliche Stabilisierung durch Kredite und technologische Hilfe steht derzeit im Vordergrund der politischen Aktivitäten. Zwischen Washington und Paris sucht das Land nach Unterstützung, bisher nicht ohne Erfolg. Gleichzeitig hat Mobutu die Zügel in Richtung einer gemäßigten Liberalisierung gelockert. Zwar ist es heute weitgehend noch so, daß die Führung des Landes „Demokratie in homöopathischer Dosierung praktiziert“ (Le Monde, 10. 10. 77), doch ist nicht zu übersehen, daß sich gegenüber dem Zustand vor wenigen Jahren auf diesem Gebiet erstaunliche Veränderungen vollzogen haben. Während früher die 268 Volkskommissare und die 18 zu wählenden Politikommissare (die 12 weiteren werden nach wie vor vom „Gründer-Präsidenten“ Mobutu ernannt) durch Akklamation (ohne Gegenkandidaten) „gewählt“ wurden, wird das Land derzeit von einer ganzen Serie von Wahlen auf den verschiedensten Ebenen und für die verschiedensten Funktionen in Atem gehalten, bei denen jeweils mehrere Kandidaten zur Auswahl stehen, wenn sie auch nach wie vor alle der Einheitspartei „Mouvement populaire pour la révolution“ (M.P.R.) angehören müssen. Immerhin hat Mobutu im Juli das Motto von der „politischen Dezentralisierung“ ausgegeben, wodurch die Wahl mehrerer Tausend Gemeinderäte ermöglicht wurde.

Einen wichtigen innenpolitischen Erfolg konnte Mobutu dadurch erringen, daß er den früheren zairischen Minister *Kamitatu-Massamba Kalamba* während eines Zusammentreffens in Lausanne bewegen konnte, wieder aus dem bereits sieben Jahre dauernden Exil in Paris ins Land zurückzukehren. Kamitatu erklärte dazu, das „Problem der nationalen Einheit und territorialen Integrität“ stehe an der Spitze der gegenwärtigen Aufgaben (Le Monde, 12. 10. 77). Ganz offensichtlich hat das Ausmaß der wirtschaftlichen Fehlschläge und der Unzufriedenheit unter der Bevölkerung inzwischen ein derartiges Maß angenommen, daß tiefgreifende Reformen von den verschiedensten Seiten und gesellschaftlich relevanten Kräften gefordert werden. Jetzt zeigt sich, daß die vor einigen Jahren eingeleitete Kampagne der Authentizität, der Unabhängigkeit und des Selbstbewußtseins nicht genügend fundiert und vorbereitet war, als daß dadurch wirkliche Veränderungen und Entwicklungen hätten erreicht werden können. Die September-Ausgabe der Zeitschrift „Zaire-Afrique“ versuchte, „Lehren aus der Geschichte“ zu ziehen, indem sie die Auswirkungen des Programms der politischen Reformen analysierte. Das Ergebnis: die Reformen der Institution reichen nicht aus, um die Menschen zu verändern. Bis heute stehe die Verwirklichung der meisten Reformen aus, weil der dafür notwendige Geist der Askese und des Opfers sowie der Wille zur Erneuerung aller Ebenen des öffentlichen und privaten Lebens noch nicht bei den Menschen Zaires verankert sei.

Die christlichen Kirchen des Landes haben rechtzeitig diese verhängnisvolle Entwicklung vorausgesehen. Seitdem der durch die allgemeinen Schwierigkeiten des Landes

in Anspruch genommene Mobutu seine direkte Konfrontation besonders mit der katholischen Kirche aufgegeben hat, die mit 11 Millionen die größte organisierte Gruppe im Lande darstellt, haben die Kirchen die Gelegenheit genutzt, um auf die Ursachen der schlechten Lage zu verweisen und Vorschläge für eine Besserung zu präsentieren. Viele der inzwischen bekannt gewordenen Hirtenbriefe und kirchlichen Stellungnahmen wären bis vor kurzem in dem vorherrschenden Klima der Einschüchterung und gänzlichen Ausschaltung kirchlichen Einflusses noch undenkbar gewesen. Insofern kann man sagen, daß die Krise den Spielraum der Kirche erstmals seit 1970 (vgl. HK, März 1975, 141 ff.) wieder vergrößert hat.

## Kritische Worte der Kirche

Die erste umfangreiche und *sehr offene Analyse* stammt vom Februar, wurde von den Bischöfen aber erst im Juni veröffentlicht. Es folgte Mitte Juli eine weitere, Anfang August publizierte „Ermahnung an Priester, Ordensleute und Schwestern“, die im gleichen Tenor gehalten war. Schließlich sagten die Teilnehmer der jährlich stattfindenden „Theologischen Woche von Kinshasa“ Korruption und Günstlingswirtschaft als Hemmnisse für Fortschritt und Entwicklung den Kampf an. Die Lagebeurteilung in all diesen Dokumenten wird indirekt durch die zurückhaltende Reaktion der Regierung und durch das erneute Angebot an die Kirchen, die Schulen wieder in eigener Regie zu übernehmen, bestätigt.

Der *Hirtenbrief* vom Februar (Wortlaut in: DIA, 28. 6. 77) stand unter dem programmatischen Aufruf: „Alle solidarisch und verantwortlich“. Gleich zu Beginn ist darin die Rede davon, daß wohl allen Menschen in Zaire die gleichen fundamentalen Sehnsüchte innewohnen: das Elend auszuschalten, eine sichere Beschäftigung zu haben, sich ausreichend ernähren und medizinische Versorgung in Anspruch nehmen zu können, von niemandem ausgebeutet zu sein, in Situationen zu leben, die die menschliche Würde nicht beeinträchtigen, den Kindern eine angemessene Ausbildung zukommen zu lassen.

Viele hätten sich bemüht, diese Erwartungen zu erfüllen, doch angesichts der Tatsache, daß viele Hindernisse für die Verwirklichung bestehen, sei von allen Solidarität und Verantwortungsbewußtsein in der gegenwärtigen Lage gefordert. Unter sehr verschiedenen Vokabeln müsse man heute *die öffentliche Unmoral* bloßstellen: Ausbeutung der Armen, übersteigertes Bedürfnis nach materiellen Gütern, selbst wenn dabei die menschliche Würde mißachtet wird, Mangel an Selbstbeherrschung und an Sinn für die Pflicht, Sittenverfall, fehlender Respekt vor der Autorität, Drückebergerei. Diese Unmoral berührt nach Meinung der Bischöfe alle Bereiche des Lebens, nämlich das private, das schulische, familiäre, berufliche und öffentliche Leben. An Gründen für die Unmoral werden folgende genannt: Zunächst eine „gewisse doktrinale und ethische Verwirrung“, sodann eine schlechte Interpretation der Bewegung „Zurück zur Authentizität“. Hier sparen die Bischöfe

nicht mit Kritik. Ihrer Meinung nach konnten viele Bürger die wahre Bedeutung der Bewegung nicht verstehen. Dabei sei diese von ihrer Intention her ein bedeutsamer Beitrag, die unzähligen Reichtümer des menschlichen Geistes aufzudecken und für ihr Schicksal verantwortliche Menschen zu erziehen. Doch während die Kirche die Bewegung durchaus als würdig erachte, um bei der Evangelisierung übernommen zu werden, müsse man doch leider auch feststellen, daß gewisse Kreise sie in einer für Christen unannehmbaren Weise interpretierten. Sie nähmen diese zum Vorwand, um die Prinzipien der christlichen Moral denen der traditionellen Moral entgegenzustellen. Bedauerlich sei ferner, daß es Christen gäbe, die das Gebot der Liebe mißachteten und sich im Rahmen der Kampagne zu Praktiken hinreißen ließen, die Tribalismus, Ungerechtigkeit und Egoismus förderten.

Als äußere Einflüsse, die am Niedergang der Moral mitwirkten, werden Atheismus, Verblendung durch den Fortschritt, den die Technologie verheißt, und Weckung unnötiger Bedürfnisse sowie Pornographie genannt. Aber auch „gewisse kulturelle Manifestationen“, wie Initiationstänze und ein ständiges Trachten nach zeitlichen Gütern und Ehren, verbunden mit Korruption und Ausbeutung der unteren Schichten, werden beklagt. Schließlich finden noch die „Zerstörung des Schulmilieus“ durch zu wenig Schulangebote und zu hohe Schulgelder und all die Probleme Erwähnung, die durch Industrialisierung, Urbanisation und Landflucht hervorgerufen werden. Die anschließenden Empfehlungen leiten die Bischöfe mit dem Hinweis ein, sie träten nicht als Richter oder Außenstehende auf. Sie seien vielmehr mitbetroffen und mitschuldig wie andere auch. Der Platz Gottes bei der Entwicklung der Welt und die spezielle Berufung des Menschen müßten wieder stärker berücksichtigt werden. Das Handeln müsse mehr denn je vom Gebot der Liebe bestimmt werden. Alle müßten sich an der Entwicklung des Landes beteiligen, indem man sich zunächst auf das absolut Notwendige beschränke. Besonders den Laien komme hierbei eine besondere Aufgabe zu. Um die vielfältigen Formen der Diskriminierung auszuschalten, müßten alle Möglichkeiten für eine Manipulation und Erniedrigung des Menschen auf das Niveau eines Instruments des Profits und des Vergnügens beseitigt werden. Eine scharfe Absage erteilen die Bischöfe der Korruption, dem Tribalismus und dem Regionalismus sowie den Handelsmonopolen, dem Schlendrian im Dienstleistungsbereich, der institutionalisierten Polygamie und der Diskriminierung der Witwen. Gerade die Christen seien aufgerufen, vorbildhaft bei der Beseitigung der Mißstände voranzuschreiten und die Herrschenden unerschrocken an ihre Pflichten zu erinnern.

Das ständige Komitee der Bischofskonferenz von Zaïre präzierte im Juli in Form einer „Ermahnung“ an die Priester, Ordensleute und Schwestern diesen auf die Hebung der Moral ausgerichteten Appell (Wortlaut in DIA, 3. 8. 77). Die lange Liste der allgemein bekannten Verfehlungen und Mißstände fordere gerade die Verantwortlichen in der Kirche heraus, weil wohl nicht zu übersehen sei, daß die Mehrzahl der politisch Verantwortlichen Zaï-

res durch katholische Bildungseinrichtungen gegangen sei. Mehr denn je müsse die Kirche Vorbild sein und müßten ihre Repräsentanten ein überzeugendes Leben vorleben. Wichtig für die Zukunft sei eine Neubesinnung besonders auf den Gebieten kirchlicher Unterweisung und moralischer Erziehung. Die jüngste „Theologische Woche von Kinshasa“ schließlich sprach sich dafür aus, verstärkt Basisgemeinschaften und Entwicklungsgruppen ins Leben zu rufen, die im Alltag ihren Beitrag zu Fortschritt und Entwicklung Zaïres leisten sollen.

## Die Schulen als Prüfstein

Aber seit Februar kann sich die Kirche nicht mehr auf Aufrufe und Erklärungen beschränken. Sie ist vielmehr aufgerufen, an einem praktischen Beispiel ihren Beitrag zur Verbesserung der Lage im Lande zu leisten. Am 26. Februar unterzeichneten Vertreter der Regierung und der katholischen sowie protestantischen Kirche und der einheimischen Kimbanguisten ein Abkommen, das den Kirchen wieder die Verwaltung von Volks- und Mittelschulen überträgt, die verstaatlicht worden waren (Wortlaut des Abkommens in DIA, 2. 3. 77). Hinter dieser teilweise als Sensation betrachteten Wende steht die Erkenntnis der Regierung, daß der Niedergang der Schulen seit 1975 ein solches Ausmaß angenommen hat, daß die Grundlagen der Bildung eigentlich nicht mehr garantiert werden können. Kardinal *Joseph Malula*, Erzbischof von Kinshasa, hatte im Mai vor seinem Klerus erklärt: „Wenn sich die Regierung von Zaïre an die Kirche wendet, um das Unterrichtswesen wieder in die Hand zu nehmen, tut sie es nicht nur wegen des geringen intellektuellen Niveaus der Schulen, sondern wegen des moralischen Niedergangs des Landes. Die Regierung weiß, daß die Kirche immer die nötigen moralischen Werte eines Landes gerettet hat. In diesem Lande bleiben nur noch die Kirchen, um das zaïrische Volk in dem zu erhalten, was es an Edlem und Großem besitzt in seinem Suchen nach seinem geistigen Geschick“ (zit. nach Steyl aktuell, 25. 8. 1977).

Bischof *Matondo Kwa Nzambi* von Basankusu hob in einem Hirtenbrief an die Erzieher seiner Diözese die Bedeutung der katholischen Schulen in Zaïre hervor. Alle, die die neue Aufgabe mittragen, müßten ein einziges Ziel vor Augen haben, müßten beseelt sein von einem einzigen Ideal und mit dem festen Willen und dem sicheren Mut gewappnet sein, diese Riesenaufgabe meistern zu wollen, wo schon der Gedanke an sie schwer auf den Verantwortlichen laste. Die Kirche habe sich jetzt nicht nach der Wiederrückgabe der Schulen gedrängt. Sie übernehme sie jetzt auch nicht aus Stolz oder Mitleid, auch nicht aus Rachegehlüsten oder Triumphalismus. Das einzige Motiv sei die Liebe zu Volk und Land. Seiner Meinung nach sind die Schulen Teil der christlichen Basisgruppen. Pflicht der Christen sei es, sie im materiellen und geistigen Bereich zu unterstützen. Als Belastungen, unter denen derzeit noch das gesamte Unterrichtswesen in Zaïre leide, nannte er Mangel an Pflichtbewußtsein, Ausbeutung der Schüler,

organisierte Korruption, öffentliche Unmoral, schamlose Ausbeutung junger Mädchen durch Lehrer und Verwaltungsbeamte, Fälschung von Diplomen und ähnliches mehr (NCNS, 4. 8. 77).

Laut Vertrag vom Februar werden die Schulen Eigentum der Regierung bleiben, Lehrer und Schüler haben sich jedoch nach christlichen Grundsätzen zu richten, die der Staat anerkennt. Religionsunterricht oder Moralunterricht kann auf Wunsch des Erziehungsberechtigten gewählt werden. Von „Mobutismus“ als Religionsersatz ist also nicht mehr die Rede. Den Kirchen ist es freigestellt, zusätzlich zu dem staatlichen und verbindlichen Lehrplan Fakultativkurse und besondere Erziehungsprogramme aufzunehmen (Artikel XI). Angesichts dieser klaren Vertragsklausel überraschte es, daß der Bischof von Tshumbe und Präsident der Bischofskonferenz, *Albert Yungen*, auf der Bischofssynode in Rom darauf hinwies, daß in seinem Land die Katechese nicht mehr auf die klassischen Mittel des Apostolats wie Schule, Presse und Radio zurückgreifen könne. Statt dessen nehme der Gottesdienst die zentrale Stellung für die Glaubensunterweisung ein (KNA, 6. 10. 77).

Zu Beginn des Schuljahres 1977/78, Anfang Oktober, womit zugleich die erneuerte kirchliche Verantwortung für die Schulen begann, veröffentlichten die Vertreter der Kirchen von Lubumbashi einen gemeinsamen Brief an alle Christen und Menschen guten Willens in ihrer Region, in dem die Entscheidung gewürdigt und begründet wird (DIA, 6. 10. 77). Die Bedeutung des Schulwesens wird darin besonders unterstrichen. Zur aktuellen Situation heißt es, intellektuell, moralisch und religiös sei das Niveau mittlerweile so niedrig, daß dies eine Herausforderung an alle, insbesondere aber an die Kirche darstelle. Resignation angesichts des Dilemmas dürfe nicht vorherrschen. Doch sei auch von kirchlicher Seite jetzt nicht allzuviel zu erreichen, wenn man sich nicht eingestehe, in der Vergangenheit selbst Fehlern und Irrtümern verfallen gewesen zu sein. Man habe zu sehr an die Bedeutung eines Diploms gedacht und dabei vergessen, daß es in erster Linie auf die Bildung von Menschen und Christen ankomme. Auch das lange Schweigen der Kirche angesichts von Mißbrauch und Verfall der Schulen könne nicht wegdiskutiert wer-

den. In Zukunft werde es darauf ankommen, diese Fehler zu vermeiden und die Eltern mehr in den gesamten Erziehungsprozeß einzubeziehen. Wichtig sei ferner, den eingeschlagenen Weg ökumenischer Zusammenarbeit konsequent auch auf anderen Gebieten fortzusetzen.

In den Kirchen ist die neue Aufgabe keineswegs nur mit Zustimmung begrüßt worden. Nicht zu übersehen waren die Stimmen, die es für wichtiger hielten, den finanziellen und personellen Einsatz auf andere Schwerpunkte der Evangelisierung und Entwicklung zu legen. Sicherlich übernehmen die Kirchen eine schwere Bürde, die viele Kräfte binden wird. Dennoch haben sie sich für das Engagement entschieden, weil ihre Klagen über das Chaos und den moralischen Verfall sonst unglaublich erscheinen müßten. Schwierig wurde die Entscheidung auch dadurch, daß insgesamt von einer religiösen Krise gesprochen werden kann, zu deren Beseitigung mehr denn je Seelsorger benötigt werden. So ist ein rapider Rückgang christlicher Eheschließungen und von Kindertaufen zu verzeichnen (DIA, 22. 6. 77), und wegen des Priestermangels mußte man ja schon auf das Experiment der „bakambi“, d. h. von Laien als Gemeindeleiter, zurückgreifen. In Zukunft will sich die katholische Kirche neben dem Einsatz in der Schule in erster Linie der Familienpastoral widmen, da die Bischöfe davon ausgehen, es gehe heute schon nicht mehr darum, die Familie zu fördern, sondern sie zu retten. Viele dieser Aufgaben wird die Kirche nur erfüllen können, wenn sie weiterhin ungehindert arbeiten darf, wie sich dies in den letzten Monaten allmählich entwickelt hat nach einer längeren Zeit der Beschränkung und Einengung. Der Sekretär der Bischofskonferenz von Zaïre, *Monsengwo Pasinga*, äußerte Anfang September in Aachen die Ansicht, in Zaïre habe sich nach den starken Spannungen der letzten Jahre „die Großwetterlage“ für die Kirche jetzt merklich gebessert. Staat und Kirche hätten vereinbart, künftig von jeder unnötigen Polemik Abstand zu nehmen und ihre Kräfte gemeinsam für das Volk einzusetzen. Dieser vorläufige Schlußstrich unter ein wenig erfreuliches Kapitel der Geschichte gibt Anlaß zur Hoffnung, daß auch anderswo eines Tages der radikale Konfrontationskurs durch Kooperation abgelöst wird. *Norbert Sommer*

## Kurzinformationen

**Am 30. September hat die Bischofssynode in Rom ihre Arbeit aufgenommen.** Die diesjährige fünfte Vollversammlung der Synode steht unter dem Thema „Die Katechese in unserer Zeit, unter besonderer Berücksichtigung der Katechese für Kinder und Jugendliche“ (vgl. den Vorbericht in: HK, Oktober 1977, 490ff.). In seiner Ansprache bei der Eröffnungssitzung erklärte Papst *Paul VI.*, die Verbindung und die Zusammenarbeit des Papstes mit den Bischöfen der ganzen Welt sei stärker und enger

geworden. „Wir kennen und verstehen besser die Situation der verschiedenen Ortskirchen.“ Die Synode bezeichnete der Papst als „außerordentlich geeignetes Instrument zur besseren Kenntnis der verschiedenen Situationen der Ortskirchen und zur Förderung einer intensiveren Zusammenarbeit und einer engeren Verbindung mit der römischen Kirche“. Der Gegenstand der diesjährigen Beratungen sei „eine Sache von großem Gewicht für die Kirche in ihrer Tätigkeit in der Welt von heute“. Den Bericht